

#SOTEU

LAGE DER UNION 2021

ABSICHTSERKLARUNG

AN PRÄSIDENT DAVID MARIA SASSOLI UND MINISTERPRÄSIDENT JANEZ JANŠA

Brüssel, 15. September 2021

Lieber Herr Präsident Sassoli,

lieber Herr Ministerpräsident Janša,

heute hat zum zehnten Mal ein Kommissionspräsident vor dem Europäischen Parlament eine Rede zur Lage der Union gehalten. Der Themenverlauf in den vorausgegangenen Reden spiegelt unsere jeweiligen Schwerpunkte und das Tempo des Wandels in der Welt wider. Sie skizzieren den Verlauf sehr unterschiedlicher Krisen und Erholungsphasen. Aber sie erinnern uns auch an eine unumstößliche Wahrheit: **Nur geeint und entschlossen ist unsere Union stark und ambitioniert.**

Die Errungenschaften im vergangenen Jahr sind ein Beweis dafür. Wir möchten dem Europäischen Parlament und dem Rat für ihre Unterstützung und ihr gemeinsames Zielbewusstsein danken. So konnten wir im vergangenen Jahr schnell handeln und ambitioniert bleiben. **Wir können stolz darauf sein, was die EU erreicht hat.**

Vor zwölf Monaten waren noch keine Impfstoffe zugelassen. Heute, ein Jahr später, sind in Europäischen Union über 70 % der Erwachsenen geimpft, und die Union ist der größte Impfstoffhersteller der Welt. Wir haben mehr als 700 Millionen Impfdosen an unsere Union geliefert und mehr als 700 Millionen in die übrige Welt. Wir haben uns in Rekordzeit auf ein digitales COVID-Zertifikat der EU geeinigt, und seit Beginn des Sommers konnten mehr als 400 Millionen Zertifikate ausgestellt werden.

Dadurch konnten Menschen reisen und ihren Sommer genießen, und unsere Wirtschaft konnte ihre Türen wieder öffnen und sich schneller als erwartet erholen. Inzwischen gehen wir davon aus, dass die Wirtschaft in neunzehn Mitgliedstaaten ihr Vorkrisenniveau schon zum Jahresende wieder erreichen wird. Dies ist auch dank der historischen Einigung über unser Aufbauprogramm möglich. NextGenerationEU läuft jetzt planmäßig und stellt Mittel für Projekte und Reformen bereit, in deren Rahmen in den Aufbau von heute und die Wirtschaft von morgen investiert wird.

Wir haben das Tempo der Umsetzung unserer ehrgeizigen und transformativen Agenda, die wir erstmals in den politischen Leitlinien vorgestellt hatten, angezogen. Im vergangenen Jahr hat die EU das erste europäische Klimagesetz verabschiedet, und wir haben Vorschläge zu seiner Umsetzung vorgelegt. Die EU ist der erste Wirtschaftsblock der Welt, der konkret dargelegt hat, wie er seine Klimaziele erreichen wird. Wir haben ferner weitreichende Vorschläge zu digitalen Diensten, digitalen Märkten und digitaler Identität gemacht, und wir haben unsere neue Industriestrategie aktualisiert und uns darum bemüht, unsere Lieferketten zu stärken.

Diese gemeinsamen Errungenschaften lassen uns mit Zuversicht auf das kommende Jahr blicken. Aber da die Pandemie noch nicht endgültig besiegt ist, werden wir ebenso entschlossen handeln müssen wie in diesem Jahr. Angesichts der großen Unterschiede zwischen den Impfquoten in der EU und anderen Teilen der Welt wird die Bewältigung der Pandemie und das Retten von Leben und Existenzgrundlagen weiterhin oberste Priorität haben.

Wir dürfen auch die tiefen Spuren nicht vergessen, die die Krise bei Menschen und Gesellschaft hinterlassen hat. Die weitere Umsetzung der europäischen Säule sozialer Rechte und die dieses Jahr in Porto eingegangenen Verpflichtungen werden Schlüsselprioritäten sein. Wir werden weiterhin für Werte, Gerechtigkeit und Chancengleichheit einstehen und die Rechtsstaatlichkeit und die Medienfreiheit in ganz Europa fördern und verteidigen. Wir möchten die Zukunft in den Mittelpunkt stellen, die Arbeit an der Konferenz zur Zukunft Europas fortsetzen und alle jungen Menschen ehren, indem wir 2022 zum Europäischen Jahr der Jugend ausrufen.

Auch die Zahl der externen Herausforderungen, die auf uns zukommen, wird zunehmen, da in der Welt immer mehr Konflikte ausbrechen. Wir werden unsere Partnerschaft mit der NATO und unseren Verbündeten stärken und über ein gemeinsames Vorgehen im Bereich Verteidigung und Sicherheit beraten. Wir werden weiterhin globale Partnerschaften pflegen und unsere Nachbarländer vor allem im Westbalkan unterstützen, zum Beispiel auf dem anstehenden Gipfeltreffen, das vom slowenischen Ratsvorsitz ausgerichtet wird. Außerdem sind wir natürlich nach wie vor entschlossen, unsere internationalen Übereinkommen umzusetzen, und werden Irland und den Frieden auf der irischen Insel weiterhin mit vereinten Kräften unterstützen.

Im kommenden Jahr beginnt die zweite Hälfte der Amtszeit dieser Kommission. Bisher lag unser Schwerpunkt auf der Konzeption und der Gesetzgebung, die wir für den notwendigen Wandel brauchen. Nun treten die Ergebnisse und die Umsetzung in den Vordergrund. Wir müssen die Arbeit an den Gesetzgebungsvorschlägen fortsetzen, die wir für alle sechs Kernziele der Kommission bereits vorgelegt haben.

Der Erklärung ist eine Liste neuer Initiativen beigefügt, die die Kommission vorschlagen wird und in deren Fokus die Umsetzung unserer Vision für Europa steht. Bei allen diesen Initiativen werden wir sowohl den Lehren aus der Krise Rechnung tragen als auch der Notwendigkeit, den beiden gesetzgebenden Organen genug Zeit zur Einigung einzuräumen. Parallel dazu werden wir das Kommissionsarbeitsprogramm 2021 weiter umsetzen.

In die Liste sind Anregungen aus unseren Beratungen mit dem Europäischen Parlament und dem Rat eingeflossen. Sie ist nicht erschöpfend und wird durch das neue Arbeitsprogramm der Kommission, unseren interinstitutionellen Dialog und die von den drei Organen zu unterzeichnende Gemeinsame Erklärung über die gesetzgeberischen Prioritäten ergänzt.

Unsere Union hat gezeigt, dass wir erfolgreicher sind, wenn wir gemeinsam vorgehen. Dies ist unsere Zusage für das kommende Jahr, und wir freuen uns auf die Zusammenarbeit mit Ihnen, um dies zu verwirklichen.

Ursula von der Leyen

walec. Of

Maroš Šefčovič

Survivo Viefori S

WICHTIGSTE NEUE INITIATIVEN FÜR 2022

Ein europäischer Grüner Deal

- Legislativvorschlag zur integrierten Wasserbewirtschaftung Schadstoffe in Oberflächengewässern und im Grundwasser
- Legislativvorschlag zur Zertifizierung des CO₂-Abbaus
- Legislativvorschlag zum Recht auf Reparatur
- Legislativvorschlag für einen EU-Rahmen für die harmonisierte Messung der im Bereich Verkehr und Logistik entstehenden Treibhausgasemissionen
- Legislativvorschlag zur Verringerung der Freisetzung von Mikroplastik in die Umwelt und zur Einschränkung der Verwendung von Mikroplastik in Produkten

Ein Europa für das digitale Zeitalter

- Europäischer Rechtsakt über die Cyberabwehrfähigkeit
- Europäischer Rechtsakt über Chips
- Fahrplan für Sicherheits- und Verteidigungstechnologien
- Legislativvorschlag zum Aufbau eines weltraumgestützten globalen sicheren Kommunikationssystems der EU
- Überprüfung der Wettbewerbspolitik: Fit für neue Herausforderungen
- Vorschlag für eine Empfehlung des Rates für eine bessere Vermittlung digitaler Kompetenzen
- Legislativvorschlag für ein Notfallinstrument für den Binnenmarkt
- Legislativvorschlag für multimodale digitale Mobilitätsdienste

Eine Wirtschaft im Dienste der Menschen

- Legislativvorschlag über den Schutz der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gegen Gefährdung durch Asbest am Arbeitsplatz
- Legislativvorschlag zur Erleichterung des Zugangs kleiner und mittlerer Unternehmen zu Kapital
- Initiative zu Sofortzahlungen in der EU
- Umsetzung des Aktionsplans für die Kapitalmarktunion einschließlich der Initiative zur Harmonisierung bestimmter Aspekte des materiellen Insolvenzrechts

- Legislativvorschlag zur Umsetzung der globalen OECD-Vereinbarung über die Neuzuweisung von Besteuerungsrechten
- Legislativvorschlag zur Umsetzung der globalen OECD-Vereinbarung über die effektive Mindestbesteuerung

Ein stärkeres Europa in der Welt

- Global Gateway Initiative zur Konnektivität
- Änderung der Blocking-Verordnung
- Strategie für das Handeln im internationalen Energiebereich
- Gemeinsame Mitteilung über die internationale Meerespolitik
- Gemeinsame Mitteilung über eine Partnerschaft mit der Golfregion

Förderung unserer europäischen Lebensweise

- Europäische Strategie für Pflege und Betreuung
- Legislativvorschlag über die Verpflichtung von Beförderungsunternehmen, Angaben über die beförderten Personen zu übermitteln
- Legislativvorschlag für einen Rahmen für den gegenseitigen Zugang von an vorderster Front tätigen Beamten der EU und wichtiger Drittländern zu sicherheitsrelevanten Informationen zur Abwehr gemeinsamer Sicherheitsbedrohungen
- Vorschlag zur Aktualisierung der Empfehlung des Rates zur Krebsfrüherkennung

Neuer Schwung für die Demokratie in Europa

- Rechtsakt zur Medienfreiheit
- Gesetzgebungsinitiative zur Übertragung der Strafverfolgung
- Legislativvorschlag über die Anerkennung der Elternschaft zwischen den Mitgliedstaaten